

# G-8

**Titel** Steuerüberschuss für mehr Solidarität im Gesundheitssystem einsetzen

**AntragstellerInnen** Ulm

**Zur Weiterleitung an** Landesdelegiertenkonferenz Jusos Baden-Württemberg

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Steuerüberschuss für mehr Solidarität im Gesundheitssystem einsetzen

- 1 Jeder Mensch zahlt einen bestimmten Betrag abhängig vom Gehalt in die gesetzliche Krankenversicherung. Für  
2 Empfänger von Arbeitslosengeld II übernimmt dies der Staat. Allerdings werden vom Bund derzeit nur ca. 90  
3 Euro pro Person in die Kassen einbezahlt. Dies ist deutlich zu wenig, da Erfahrungswerte zeigen, dass pro Per-  
4 son ein Betrag von 180 bis 200 Euro notwendig wäre. Wenn der Bund den angemessenen Beitrag für Bezieher  
5 von Arbeitslosengeld II zahlen würde, müssten die Kassen den Zusatzbeitrag nicht so hoch ansetzen.
- 6 Solidarität sieht anders aus. Deshalb fordern wir, dass der Beitragssatz für Bezieher von Arbeitslosengeld II  
7 auf mindestens 180 Euro pro Person angehoben wird. Denn nur so lässt sich der Finanzierungsbedarf gerecht  
8 aufteilen. Dies soll mit Hilfe des Steuerüberschusses gewährt werden. Derzeit mangelt diese Umsetzung nur  
9 am Bundesfinanzminister, weil er die schwarze Null halten will.
- 10
- 11 **Begründung**
- 12 Erfahrungswerte zeigen, dass pro Person ein Betrag von 180 bis 200 Euro notwendig angemessen wäre, um  
13 die gesetzlichen Systeme der Krankenversicherung nicht unmäßig zu belasten.